

Ressort: Politik

Grünen-Politikerin kritisiert Entwurf zum Verfassungsschutzgesetz

Berlin, 12.02.2015, 13:18 Uhr

GDN - Die Obfrau der grünen Fraktion im Bundestags-Innenausschuss, Irene Mihalic, hat den Entwurf des Bundesinnenministeriums für ein neues Verfassungsschutzgesetz kritisiert. "So wie in diesem Gesetzentwurf vorgesehen, bleibt der V-Leute-Einsatz ein staatliches Strukturförderprogramm für Neonazis mit weitgehend garantierter Straffreiheit", sagte sie der "Mitteldeutschen Zeitung" (Freitagsausgabe).

"Alles Wesentliche beim V-Leute-Einsatz bleibt ungeregelt. Es gibt weiterhin keine klaren Richtlinien für die Vergütung." Auch eine zeitliche Begrenzung fehle völlig. "Der Gesetzentwurf lässt vermuten, dass die Bundesregierung beim Verfassungsschutz keinerlei Bedarf sieht, Konsequenzen aus dem NSU-Desaster zu ziehen." Der Gesetzentwurf war am Mittwoch bekannt geworden und regelt erstmals die Tätigkeit von V-Leuten und verdeckten Ermittlern.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-49624/gruenen-politikerin-kritisiert-entwurf-zum-verfassungsschutzgesetz.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619